

### Kriegshilfe für den Handwerker- und Kaufmannsstand. Plenarversammlung der autonomen Gewerbeförderungsanstalten.

Am 15. Juni kamen über Einladung des niederösterreichischen Landesauschusses Biellohlawek und des Zentralkollegiums des Landesgewerberates für die Markgrafschaft Mähren die Gewerbeförderungsanstalten und gewerblichen Zentralkörperschaften aus den Kronländern Oesterreichs zusammen, um über eine gemeinsame Kriegshilfsaktion für kriegsbeschädigte Handwerker und Kaufleute zu beraten. Es wurde damals ein eigenes Komitee gewählt, welches die Beschlüsse der Versammlung zur Ausführung bringen sollte. Heute fanden sich abermals die Vertreter dieser Körperschaften im Sitzungssaale des niederösterreichischen Landhauses zusammen, um den Bericht des Komitees über die von ihm inzwischen unternommenen Schritte entgegenzunehmen. Auch diese Versammlung war von gewerblichen Vertretern aus dem ganzen Reiche besetzt. Unter anderen waren erschienen: Vom Gewerbeförderungsamt Hofrat Kunze, vom niederösterreichischen Landesauschusse Biellohlawek, Landesoberinspektor Lunzer und Inspektor Ed. Heinl, für die Magistratsdirektion - Wien: Obermagistratsrat Langthaler und Magistratssekretär Dr. Schwarz, für den Landesauschusse Mähren: Landeshauptmannstellvertreter Jellinek, Landesauschussebeisitzer Dr. Budinski, für das Zentralkollegium des mährischen Landesgewerberates A. Janda, für das mährische Landesamt für Gewerbeförderung (Deutsche Sektion) Direktor Kubelka; böhmische Sektion kaiserlicher Rat Pastyrík und Dr. Soukup und Landessekretär Dr. J. Janacek. Von Handelskammern Abgeordneter Richter und Sekretär Professor Wraheß (Wien), Direktor Haberger (Zusbruck), kaiserlicher Rat Laszlo und Sekretär Dr. Leisinger (Leoben), Vizepräsident C. Pammere (Leibach), Sekretär

A. Bistia (Görz), kaiserl. Rat M. Brunner und Sekretär Dr. Valerio Polacco (Triest), Regierungsrat Dr. Chudazil (Gzer), Dr. J. Drtina (Bilien), Josef Zeimel und Dr. Ernst Pittich (Brünn). Von Gewerbeförderungsanstalten: kaiserl. Rat C. Wöhrle (Linz), Abg. Hueber (Salzburg), Direktor Perlo (Görz), Abg. Loser (Dornbirn), Th. Dorazil (Troppan), für den Deutschösterreichischen Gewerbebund Abg. Breuer und Sekretär Hainzlmayer, für den Wiener Gewerbevereinsverband Sekretär Dr. Fuhrmann, für die Zemsta Jednota zivnostenskyh spolocenstiev (Brünn) kaiserl. Rat Bowodra, für den Sudetländischen Handwerkererrat M. Gignio (Brünn), für den Zentralverband der Deutschen Gewerbl. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Mährens und Schlesiens Stadtrat Lustig (Brünn), für den Deutschen Genossenschaftsverband für Nordmähren Kintschala, für den mährischen Gewerbeverein Präsident Bokurek, für den Verband handwerksmäßiger Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Graz Abg. Krebs, für den Zentralverband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Niederösterreichs Vorsteher Spavek, Direktor Tuma, Kouril, Semelak, Hofstascher, Zeller und Direktor Bimmerl, für den Landesverband der kaufmännischen Genossenschaften Kammerat Böschner (Ybbs) usw.

U. Biellohlawek berichtet über die bisher vom Komitee unternommenen Schritte, welches die Beschlüsse der Plenarversammlung zusammenfaßte und dem Ministerpräsidenten, sowie dem Handels- und Arbeitsministerium überreichte. Wenn weitere Schritte bisher noch nicht unternommen werden konnten, so liege die Schuld darin, daß das in der Kreditfrage maßgebende Ministerium, das Finanzministerium, dazu noch nicht Stellung genommen habe. Ohne diese Stellungnahme können keine weiteren Schritte unternommen werden. Aus diesem Grunde habe auch das Arbeits- und Handelsministerium keine Vertreter entsendet und sich entschuldigt. Die Stellungnahme des Finanzministeriums sei aber dringend, da unmittelbar nach dem Kriege die Hilfsaktion einsetzen müsse und sich jetzt schon kriegsinvaliden Gewerbetreibende um Hilfe an die Landesstellen wenden. Man könne annehmen, daß die heutige Regierung, an deren Spitze ein Mann mit Verständnis für die Lebensfragen der erwerbenden Stände stehe, sich der dringlichen Notwendigkeit eines raschen und durchgreifenden Handelns nicht verschließen werde. Um aber

die Regierung zur Stellungnahme zu zwingen, möge eine aus der Versammlung gewählte Deputation sogleich beim Finanzminister vorsprechen. Präsident Pastyrík (Brünn) wünscht namens der böhmischen Sektion des mährischen Landesgewerberates eine sofortige Antwort der Regierung über das Ausmaß der Regierungshilfe und auch darüber, welches Ministerium

eigentlich in dieser Frage kompetent sei. — Abg. Biellohlawek (Deutschösterreichischer Gewerbebund): Es ist höchste Zeit, daß das Ministerium, auf welches die Bevölkerung vertraut, handelt, da nach dem Kriege Hunderttausende Gewerbetreibende Arbeit und Verdienst haben wollen. Die gewerblichen Körperschaften von ganz Oesterreich sind eifrig, nur mehr die Entscheidung der Regierung, die seinerzeit ihre Mitarbeit zugesichert, siehe noch aus. Der Gewerbebestand hat in schweren Zeiten seine Pflicht getan, nun möge auch die Regierung ebenso ihre Pflichten diesem Stande gegenüber erfüllen. — Kaiserl. Rat Bieler (Czernowitz) schildert das Elend der aus dem Kriegsgebiete flüchtigen Handwerker: Die Bitte der Handelskammer Czernowitz um rasche Hilfeleistung sei bisher unbeantwortet geblieben. Abg. Krebs (Graz) konstatiert trotz der ausstehenden Regierungsantwort ein Vortwärtsschreiten der Aktion und bedauert nur, daß sich auch hier Kompetenzschwierigkeiten geltend machen. Nachdem Abg. Richter (Wien) die Verschiebung der Debatte beantragt, werden zunächst folgende Anträge des U. Biellohlawek einstimmig angenommen. Die österreichischen Gewerbeförderungsanstalten und Zentralorganisationen gewerblicher Körperschaften haben in ihrer zweiten Vollversammlung am 14. November 1916 die Einleitung einer umfassenden Kredithilfsaktion für den kriegsbetroffenen gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand Oesterreichs als eine bereits sehr dringend gewordene Notwendigkeit erkannt und mit Rücksicht darauf, daß

a) schon jetzt Kriegsteilnehmer aus dem Handels- und Gewerbebestande, die wegen Untauglichkeit zum weiteren Militärdienste in die Heimat entlassen wurden, ihre geschäftliche Existenz wieder herstellen wollen, dazu aber mangels ausreichender eigener Mittel eines entsprechenden Kredites bedürfen, und daß ferner

b) die Vorarbeiten für die Bildung und Einrichtung der behufs Unterstützung hilfsbedürftiger Handels- und Gewerbetreibender nach dem Kriege bestimmten Kreditorganisationen in den einzelnen Kronländern zweifellos ohnehin eine längere Zeit in Anspruch nehmen werden, beschloffen, durch eine aus ihrer Mitte gewählte Deputation an die hohe k. k. Regierung neuerlich das Ersuchen zu richten, im Sinne der vom Landesauschusse des Erzherzogtums Oesterreich unter der Enns und dem Zentralkollegium des Landes-Gewerberates für die Markgrafschaft Mähren unterm 25. August 1916 überreichten Anträge alle erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung der gegenständlichen Kredithilfsaktion sobald als möglich treffen und die hierüber gefaßten Entschlüsse sodann mit zulässiger Beschleunigung, wenn unlich noch während der Dauer des laufenden Jahres verlaublichen zu wollen, damit bereits zu Beginn des Jahres 1917 die Verhandlungen wegen Bildung und Einrichtung der neuen Kreditorganisationen aufgenommen werden können.

II. Antrage: Der engere Ausschuss, bezw. dessen Vorsitzender werden ermächtigt, in diesem Ausschusse außer den in der Vollversammlung am 16. Juni 1916 gewählten Mitgliedern nach Bedarf auch noch andere Vertreter der österreichischen Gewerbeförderungsanstalten und gewerbliche Körperschaften als Mitglieder zu berufen.

In die Deputation an den Finanzminister wurden u. a. gewählt: U. Biellohlawek, Landeshauptmannstellvertreter Jellinek und Präsident Janda (Brünn). Ein Zusatzantrag Pastyrík, eine Entscheidung der Regierung, welches Ministerium kompetent sei, zu veranlassen, wird ebenfalls einstimmig angenommen. Hiernach vertagte sich die Versammlung auf die Nachmittagsstunden, um dann die Antwort des Finanzministers durch die unterdessen bei ihm erschienene Deputation entgegenzunehmen.

Unter Führung des Vorsitzenden U. Biellohlawek begab sich hierauf die Deputation zum Finanzminister Dr. Marek, welcher die Wünsche der Wortführer des Gewerbebestandes entgegennahm. Der Minister erklärte, daß die Regierung mit größtem Interesse den Verhandlungen folge und daß er bestrebt sein werde, ihre Stellungnahme zu den vorgelegenen Projekten, betreffend Hilfsaktionen in den einzelnen Kronländern, den Wünschen des Gewerbebestandes anpassen. Nach halbstündiger Dauer war die Audienz zu Ende.

In den Nachmittagsstunden fanden die Beratungen der Plenarversammlung ihre Fortsetzung. U. Biellohlawek richtete über die Audienz beim Finanzminister und über den Eindruck derselben auf die Deputation. Dieser sei so wohl von der Persönlichkeit des Ministers als auch von seiner sachlichen Erklärung ein günstiger gewesen. Nachdem kaiserlicher Rat Bieler (Czernowitz) ein Anliegen der flüchtigen Handwerker der Bukowina zur Kenntnis gebracht, wird zum Schlusse der Versammlung geschritten.